

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	V
I Einleitung	1
1 Krankentagegeldversicherung – eine verantwortungsvolle Aufgabe	1
2 Krankentagegeldversicherung – eine spannende Aufgabe	2
II Allgemeines	3
1 Krankentagegeldversicherung als Versicherung gegen die wirtschaftlichen Folgen des Verdienstausfalls	3
1.1 Grundsatz	3
1.2 Zusammentreffen mit öffentlich-rechtlichem Verdienstausfallersatz wegen Quarantäne	3
2 Krankentagegeldversicherung im System der Krankenversicherung	4
2.1 Keine Pflichtversicherung	4
2.2 Substitutive Versicherung	4
2.3 Insbesondere: Versicherung Selbstständiger	4
2.4 Krankentagegeld aus dem Basistarif	5
3 Summenversicherung	6
3.1 Das Urteil des BGH	6
3.2 Kein Regress nach § 86 VVG	7
3.3 Regress nach Abtretung	7
4 Steuer- und sozialversicherungsrechtliche Fragen	8
4.1 Beiträge zur Krankentagegeldversicherung und Einkommensteuer	8
4.2 Krankentagegeld und Einkommensteuerpflicht	9
4.3 Krankentagegeld und Sozialversicherungspflicht	9
5 Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum GKV-WSG	9
6 Verletzung von Anzeigepflichten beim Zustandekommen der Krankentagegeldversicherung	10
6.1 Arglistige Täuschung durch den Versicherungsnehmer	10
6.2 Vorsätzliches Handeln durch den Versicherungsnehmer	11
6.3 Grobfahrlässige Anzeigepflichtverletzung	11
6.4 Leichtfahrlässige Anzeigepflichtverletzung	12
6.5 Schuldloses Verhalten des Versicherungsnehmers	13

	Seite
7 Zahlungsverzug und Leistungsfreiheit	13
8 Gleichbehandlung/Diskriminierung	14
III Der Versicherungsfall	15
1 Arbeitsunfähigkeit	15
1.1 Voraussetzungen	15
1.2 Beginn und Ende	15
1.3 Karenzzeiten	16
2 Verdienstausfall wegen Mutterschaft	18
2.1 Hintergrund und Zweck der gesetzlichen Regelung	18
2.2 Gesetzestext und offene Fragen	19
2.2.1 Die „Soweit“-Frage	20
2.2.1.1 Ausschlusslösung	20
2.2.1.2 Anrechnungslösung	20
2.2.2 Anwendung der tariflichen Karenzzeiten	21
2.3 Entscheidungen und Umsetzung in den AVB	21
2.3.1 Einführung von § 1a MB/KT	21
2.3.2 Umsetzung in den Unternehmen	22
2.4 Überblick über die „anderweitigen“ gesetzlichen Ansprüche	22
2.5 Leistungsfragen	24
2.5.1 Karenzzeiten	24
2.5.2 Elterngeld und Anrechnung	25
2.5.3 Mutterschaftsgeld zu Lasten des Bundes und Anrechnung	25
2.5.4 Leistungsausschlüsse anwendbar?	25
3 Weitere mögliche Versicherungsfälle	26
3.1 Rahmen	26
3.2 Kinderkrankengeld	26
3.3 Entgeltausfall (Absicherung des Arbeitgebers)	27
IV Arbeitsunfähigkeit	29
1 Konkrete berufliche Tätigkeit	29
2 Vollständige Arbeitsunfähigkeit	29
2.1 Allgemeines	29
2.2 Sozialadäquate Betrachtung	30
2.3 Leitende und aufsichtsführende Tätigkeit, Bürotätigkeiten	31
2.4 Fälle	32
2.5 Arbeitsunfähigkeit wegen Mobbing	33
2.6 Umorganisation zur Herstellung von Arbeitsfähigkeit?	35
3 Während des gesamten AU-Zeitraums	36

	Seite
4 Nichtausübung der beruflichen Tätigkeit	37
4.1 Allgemeines	37
4.2 Umschulung	38
4.3 Wiedereingliederung	38
4.3.1 Rechtslage nach den MB/KT	38
4.3.2 Kritik	39
4.3.3 Abhilfe: Freiwillige oder tarifliche Leistungen	39
4.3.4 Wiedereingliederung/Belastungserprobung	40
5 Anderweitige Erwerbstätigkeit	41
V Obliegenheiten	43
1 Allgemeines	43
1.1 Überblick	43
1.2 Rechtsfolgen	43
1.2.1 Leistungsfreiheit oder Quotelung	43
1.2.2 Gesonderter Hinweis	44
1.2.3 Kausalitätsgegenbeweis	45
1.2.4 Kündigung durch den Versicherer	45
1.3 Klare Äußerung des Versicherers	45
1.4 Beweislast beim Kausalitätsgegenbeweis	46
1.5 Obliegenheiten in Verträgen ohne Anpassung an das VVG 2008	46
1.6 Obliegenheiten nach Leistungsablehnung	47
2 Vorvertragliche Anzeigepflichten	47
2.1 Antragsaufnahme durch einen Makler	47
2.2 Unklare Angaben durch den Antragsteller, Nachfragepflicht	48
2.3 Zurechnung ärztlichen Wissens	48
2.4 Indizien für Arglist, Darlegungslast	49
2.5 Umfang des Lösungsrechts des Versicherers	49
3 Die Melde- und Nachweisobligationen des § 9 Abs. 1 MB/KT	49
3.1 Hinweispflicht?	50
3.2 Fehlende grobe Fahrlässigkeit i.S.v. § 28 Abs. 2 VVG wegen mangelnder AVB-Kenntnis?	50
3.3 Fehlendes Verschulden aus anderen Gründen, Beweislast	50
3.4 Kausalität und Kausalitätsgegenbeweis	52
3.4.1 Grundsätzliches	52
3.4.2 Entscheidungen	52
3.5 Endgültige Leistungsablehnung als Tatbestandseinschränkung?	55
3.6 Einschränkungen durch „Mitverschulden“ des Versicherers	56
3.6.1 Keine Formulare übersandt	56
3.6.2 Vorherige Regulierung trotz unregelmäßiger Nachweise	56
3.6.3 „Versicherungsfall abgeschlossen“	57

	Seite
4 Die Auskunftspflicht des § 9 Abs. 2 MB/KT	57
4.1 Auskunftspflicht nur auf Verlangen und nach gesondertem Hinweis . .	57
4.2 Welche Auskünfte sind erforderlich?	58
4.3 Ärztliche Auskünfte	60
4.4 Nachgeholte Auskünfte	61
5 Die Untersuchungsobliegenheit des § 9 Abs. 3 MB/KT	61
5.1 Wirksamkeit nach §§ 305 ff. BGB	62
5.2 Keine Bindung an das Ergebnis der Nachuntersuchung	62
5.3 Keine ungeschriebene Obliegenheit zur Beibringung eines Gegengutachtens	62
5.4 Umfang und Grenzen der Untersuchungsobliegenheit	63
5.4.1 Aufforderung durch den Versicherer	63
5.4.2 Keine Subsidiarität	64
5.4.3 Missbräuchlichkeit auf Seiten des Versicherers	64
5.4.4 Verzicht des Versicherers auf die Berufung auf § 9 Abs. 3 MB/KT?	64
5.4.5 Einzelfälle	65
5.4.6 Auswahl des Vertrauensarztes, Diagnose	65
5.4.7 Fehlen des Verschuldens aufgrund anwaltlichen Rats	66
5.4.8 Schmerzensgeld für Fehler bei der Begutachtung?	66
5.4.9 Herausgabe des Nachuntersuchungsgutachtens an den Versicherten	67
6 Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit, § 9 Abs. 4 MB/KT	69
7 Anzeige des Berufswechsels, § 9 Abs. 5 MB/KT	70
7.1 Allgemeines	70
7.2 Inhalt der Anzeige	71
7.3 Zweitberuf und schleichender Berufswechsel	72
8 Einwilligungserfordernis beim Abschluss einer anderweitigen Kranken- tagegeldversicherung, § 9 Abs. 6 MB/KT	73
8.1 Allgemeines	73
8.2 Kausalitätsgegenbeweis	74
8.3 Einschränkungen des Kündigungsrechts (Treu und Glauben)	74
8.3.1 Grundsätzliches	74
8.3.2 Einzelfälle	74
8.3.2.1 Wechsel der Zweit-Versicherung	74
8.3.2.2 Zweitversicherung = Restschuldversicherung, aber kein „Tage“geld!	75
8.3.2.3 Abschluss durch die GmbH des Versicherungsnehmers	75
8.3.2.4 Weitere Fälle	76
8.4 Zeitpunkt des Eintritts der Leistungsfreiheit	76
8.5 Rückforderung nach rückwirkender Feststellung der Leistungsfreiheit	76

	Seite
8.6 Ausnahmen von der Leistungsfreiheit: OLG Köln, OLG Düsseldorf . . .	76
8.7 Rücktritt oder Anfechtung durch den zweiten Versicherer	78
9 Einschaltung Dritter bei der Erfüllung von Obliegenheiten	79
9.1 Grundsatz	79
9.2 Fälle	79
VI Umfang der Leistungspflicht	83
1 Krankentagegeld und Nettoeinkommen, § 4 Abs. 2, § 4 Abs. 4 MB/KT	83
1.1 Allgemeines	83
1.2 Anforderungen an AVB für die Herabsetzung von Krankentagegeld . . .	84
1.2.1 Transparenzanforderungen	84
1.2.1.1 Bemessungszeitraum zur Ermittlung des Nettoeinkommens	84
1.2.1.2 Höhe des Nettoeinkommens	86
1.2.1.3 Besonderheiten beim GmbH-Gesellschafter-Geschäfts- führer	91
1.2.2 Symmetriegebot	91
1.3 Anspruchsbegrenzung durch § 4 Abs. 2 MB/KT?	92
1.4 Die Herabsetzungserklärung nach § 4 Abs. 4 MB/KT	94
1.4.1 Allgemeines	94
1.4.2 Herabsetzungserklärung nach „§ 4 Abs. 4 analog“	95
1.4.3 Rückwirkende Herabsetzungserklärung?	95
1.4.3.1 Rückwirkende Herabsetzung wegen verzögerter Auskunft	95
1.4.3.2 Rückwirkende Herabsetzung bei Falschauskunft	97
1.4.4 „Geltungserhaltende Ersatz-Herabsetzung“ durch das Gericht? . .	98
2 Anrechnung anderer Leistungen auf das Krankentagegeld	99
3 Ärztliche Behandlung und AU-Bescheinigung als Anspruchsvoraussetzungen	100
4 § 4 Abs. 9 MB/KT (gemischte Anstalt) und die Wiederherstellungsobliegenheit	101
VII Leistungsausschlüsse	103
1 Schwangerschaft und Mutterschutz, § 5 MB/KT	103
1.1 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz und Unisex-Urteil des EuGH . .	103
1.2 Wirksamkeit und Anwendung der Schwangerschaftsklausel, § 5 Abs. 1 d	104
1.3 Mutterschutzklausel, § 5 Abs. 1 e	104
2 Wohnsitzklausel, § 5 Abs. 1 f, Ausland, „Brexit“	106

	Seite
3 Rehabilitationsmaßnahmen, § 5 Abs. 1 g	107
4 Leistungsausschlüsse in der Restschuldversicherung	108
VIII Berufsunfähigkeit	109
1 Allgemeines	109
1.1 Krankentagegeldversicherung und Berufsunfähigkeitsversicherung . . .	109
1.2 Wirksamkeit der Klausel	110
1.3 Anwartschaftsversicherung und Wiederaufleben	110
2 Voraussetzungen der Berufsunfähigkeit	111
2.1 Erwerbsunfähigkeit von mehr als 50 %	111
2.2 Nach medizinischem Befund	112
2.3 Im bisher ausgeübten Beruf	113
2.4 Auf nicht absehbare Zeit	115
2.4.1 Kein fester Drei-Jahres-Zeitraum	115
2.4.2 Berufsunfähigkeit wegen fehlender Mitwirkung des Versicherten?	116
2.4.3 Darlegungslast zur Berufsunfähigkeit im Zivilprozess	117
2.5 Berufsunfähigkeit trotz Fortsetzung der beruflichen Tätigkeit	117
IX Altersrente und Vollendung des 65. Lebensjahres	119
1 Altersrente	119
2 65. Lebensjahr	121
2.1 Allgemeines	121
2.2 „Neue“ Krankentagegeldversicherung und laufender Versicherungsfall	122
X Berufsunfähigkeitsrente	125
1 Allgemeines	125
2 Befristete Renten, Renten wegen „fiktiver“ Berufsunfähigkeit, Renten wegen Arbeitsunfähigkeit	126
3 Insbesondere: „Loss-of-Licence“-Versicherung	127
4 Rückforderung von Krankentagegeld wegen BU-Rentenbezug	128
4.1 Grundlage	128
4.2 Wirksamkeit vertraglicher Klauseln	129
4.3 Zeitpunkt	130
XI Tätigkeitsbezogene Beendigungsgründe	131
1 Versicherungsfähigkeit	131
2 Aufgabe der Erwerbstätigkeit	131

	Seite
3 Arbeitslosigkeit	133
3.1 Bezug von Arbeitslosengeld I	133
3.2 Bezug von Arbeitslosengeld II	135
4 Passivphase der Altersteilzeit	136
5 Anpassung der Versicherung	137
XII Rückforderung bei Berufsunfähigkeit oder Wegfall der Versicherungsfähigkeit, § 11 MB/KT	139
1 Grundsätzliches	139
2 Anwendungsbereich	139
3 Verjährung	139
XIII Beratungspflichten des Versicherers	141
XIV Kündigung der Krankentagegeldversicherung	143
1 Kündigungsrecht des Versicherers und Basistarif	143
2 Ordentliche Kündigung durch den Versicherer, § 14 Abs. 1 MB/KT	143
2.1 AGB-rechtliche Wirksamkeit des Kündigungsrechts	143
2.2 Ende der Leistungspflicht nach 30 Tagen, § 7 Satz 2 MB/KT	143
3 Außerordentliche Kündigung bei Betrug oder anderem unredlichem Verhalten des Versicherungsnehmers, § 14 Abs. 2 MB/KT	144
3.1 Allgemeines	144
3.2 Grundlagen	144
3.3 Formelle Voraussetzungen: Abmahnung, Kündigungsfrist	145
3.4 Einzelfälle	146
3.5 BGH: Grenzen für den Einsatz eines Lockspitzels (agent provocateur)	148
3.6 Reichweite der Kündigung	150
3.6.1 Schutz „weiterer Verträge“	150
3.6.2 Vertrauen ist unteilbar	151
3.7 Schadensersatzpflicht des Versicherungsnehmers (Ermittlungskosten)	152
3.8 Schmerzensgeld?	152
4 Ordentliche Kündigung durch den Versicherungsnehmer	153
XV Prozessuale Themen	155
1 Streitwert	155
2 Beweisfragen	156
2.1 Beweis vollständiger Arbeitsunfähigkeit	156
2.2 Beweis von Berufsunfähigkeit	159

	Seite
2.3 Selbstständiges Beweisverfahren	159
2.4 Zugangsbeweis bei „Aufforderungs“-Obliegenheiten	159
3 Künftige Leistung, Feststellung, einstweilige Leistung	160
3.1 Künftige Leistung	160
3.2 Feststellung	160
3.3 Einstweilige Verfügung	161
4 Geltendmachung von Ansprüchen durch die versicherte Person	162
4.1 Versicherung für fremde Rechnung	162
4.2 Der ausschließliche Anspruch der versicherten Person	163
5 Fälligkeit, Verjährung, Verzug	163
5.1 Rechtslage	163
5.2 Praktische Bedeutung	164
6 Auskunftsobliegenheiten und Vortrag im Zivilprozess	165
XVI Der Schutz personenbezogener Gesundheitsdaten	167
1 Das Urteil des BVerfG zur Schweigepflichtentbindung vom 23.10.2006 ...	167
2 Die gesetzgeberische Umsetzung in § 213 VVG	167
3 Einfluss auf Fälligkeit und Auskunftsobliegenheiten	168
4 Verwertungsverbot bei Verstoß?	169
XVII Tarifwechselrecht nach § 204 VVG	171
XVIII Beitragsanpassung in der Krankentagegeldversicherung	173
XIX Anhang	175
Stichwortverzeichnis	191